agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/BANGLADESCH - Bischof: „Bürger und Regierung lehnen ein neues Blasphemie-Gesetz ab"

Chittagong (Fidesdienst) – „Viele unterschiedliche Organisationen der Gesellschaft lehnen brachten Initiativen auf den Weg, mit denen sie den Entwurf für eine neues Blasphemie-Gesetz ablehnen. Im Allgemeinen sind die Menschen nicht dafür und es wird nur von einigen radikalen Gruppen unterstützt. Die katholische Kirche und andere Minderheiten begrüßen die Position der Regierung, die die Einführung eines solchen Gesetzes ebenfalls ablehnt", dies erklärte der Weihbischof von Chittagong, Lawrence Subrato Howlader, im Gespräch mit dem Fidesdienst in einem Kommentar zu der von den Befürworten eines solchen Gesetzes für den kommenden 4. und 5. Mai geplanten Kundgebung. Der Gesetzentwurf umfasst 13 Punkte, von denen viele, so Menschenrechtskämpfer in Bangladesch, „nicht mit der Verfassung des Landes vereinbar sind". Unter anderem soll die Todesstrafe für Blasphemie gegen die islamische Religion eingeführt werden; Frauen sollen nicht mit Männern zusammenarbeiten, kulturelle Aktivitäten die den Islam diffamieren sollen verboten werden, der islamische Religionsunterricht soll Pflicht sein. Dies würde nach Ansicht von Beobachtern zu einer „Talibanisierung von Bangladesch führen".
„Als Christen lehnen wir das Gesetz auch ab, weil einer der Punkte sich ausdrücklich gegen Christen wendet", so der Bischof, „wo Priestern und Gläubigen verboten wird, in den Dörfern des Landes soziale Werke und Aktivitäten zu verwirklichen". „Doch die Regierung hat bereits unmissverständlich erklärt, dass man ein solches Gesetz ablehnen werde und dass weiterhin alle Religionen gleichberechtigt behandelt werden sollen. Andernfalls würde das Land 60 Jahre zurück fallen". Nach Ansicht es Bischofs sind „Menschenrechte, Religionsfreiheit, die Recht und die Würde der Frau grundlegende Prinzipien, die nicht eingeschränkt oder durch ein Gesetz verboten werden dürfen2.
In Chittagong ist auch die radikalislamische Bewegung „Hefajat-e-Islam" beheimatet, die versucht das Gesetz im ganzen Land durchzusetzen. „Diese Gruppe ist klein aber einflussreich und versucht diesen Einfluss auszubauen", und dies in einem Land, dessen Einwohner zu 90% Christen sind. „die gemäßigten Muslime engagieren sich im interreligiösen Dialog und im sozialen Bereich arbeiten wir mit vielen muslimischen Organisationen problemlos zusammen. Diese Extremisten lehnen hingegen jeglichen Kontakt zu uns ab", so der Bischof.
„Wir werden auch künftig für ein friedliches Zusammenleben beten und vorsichtig bleiben. Wenn es Protestkundgebungen gibt, dann halten wir uns von Krisenherden fern, wo es zu Gewalt kommen könnte", so der Bischof abschließend. (PA) (Fidesdienst, 19/04/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it